



Pour une politique d'opposition active ! Für eine aktive Oppositionspolitik !

Referat von Christian Levrat, Präsident SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Ich hatte kürzlich die Gelegenheit, Selahattin Demirtas zu treffen. Er ist Mitglied des türkischen Parlaments, vor allem aber Präsident der HDP und damit wichtigster Gegenspieler des Regimes von Präsident Erdogan. Seine parlamentarische Immunität war kurz zuvor aufgehoben worden, wie bei fast einem Viertel des türkischen Parlaments. Er machte eine Reise durch Europa, um die Position seiner Partei vorzustellen. Eine Partei, die traditionell pro-kurdisch ist, die in den letzten Jahren aber auch im Rest des Landes bemerkenswerte Erfolge erzielt hat – gerade in den Städten. Aber bei dieser Reise wollte Demirtas auch darauf aufmerksam machen, dass er und seine Kollegen Gefahr laufen, von einem Tag auf den anderen ins Gefängnis geworfen zu werden. Und das – so sind sich alle einig – nur aus politischen Gründen.

Dieser Mann hat mich beeindruckt. Durch seine Ruhe, durch seine Selbstsicherheit, durch seine kühle Entschlossenheit mit der er seine Überzeugungen verteidigt, egal wie gross das Risiko ist, egal wie stark der Gegenwind ist. Er hat mich an die Notwendigkeit erinnert, unseren Kampf für Demokratie, für den Schutz von Minderheiten, für den Rechtsstaat und für soziale Gerechtigkeit fortzusetzen. Hier bei uns und anderswo.

In der Schweiz wie in England: Die gleiche Geringschätzung für die sozialen Fragen bringt das gleiche Ergebnis

Genossinnen und Genossen,

Mit der gleichen Entschlossenheit und dem gleichen kühlen Kopf müssen wir den Folgen der Brexit-Abstimmung in UK begegnen. Dieses Resultat hat seine tieferen Wurzeln offensichtlich in der ewigen Skepsis der Briten gegenüber dem «Kontinent». Das hat sicher auch mit der Nostalgie nach dem verschwundenen «Empire» zu tun. Darauf deutet zumindest das massive «leave»-Votum der Seniorinnen und Senioren hin.

Aber diese Erklärung greift zu kurz. In den Arbeiterhochburgen der Midlands, wo ich eine Zeit lang gelebt habe, sind die Arbeiterstimmen zu den Euroskeptikern gegangen. Weil sich die Menschen zu wenig geschützt gefühlt haben vor der Globalisierung. Weil die EU – meist zu Unrecht – als Motor der ultraliberalen und antisozialen Politik wahrgenommen wird, welche die britische Regierung seit mehreren Jahren betreibt. Dass die Souveränitätsfanatiker und Nationalisten in der Politik mitmischen, ist nicht das wahre Drama in England – die waren dort schon immer stärker als anderswo. Was uns wirklich zu denken geben muss, ist die Ungleichgültigkeit, ja die Politikverdrossenheit, der Arbeiterklasse.

Und das muss uns auch in der Schweiz zu denken geben. Zuerst einmal weil die extreme Rechte auf dem ganzen Kontinent versuchen wird, diese Lücke zu füllen – mit ihren tödlichen

Attacken auf die Personenfreizügigkeit, mit ihrer Fremdenfeindlichkeit, die mal mehr, mal weniger versteckt ist, und mit ihrer Kritik an Europa. Natürlich werden sie die Ausländer als Sündenböcke vorschieben, um keine Antworten auf die wahren Sorgen der Bevölkerung liefern zu müssen – ihre Jobs, ihre Renten, ihre Zukunft. Ich bin beunruhigt, Genossinnen und Genossen. Unser Kontinent setzt Stabilität, Frieden und den relativen Wohlstand, in dem wir leben, aufs Spiel. Wir müssen mutig und entschlossen sein, um diese politische Bombe zu entschärfen. Zusammen mit allen Sozialdemokraten – und allen sonstigen Demokraten – quer über den Kontinent.

Es ist zu einfach, die EU anzuklagen und anzuprangern. Wenn die Schweizer Rechte ihre Klientelinteressen über das Allgemeinwohl stellt, dann klagen wir auch nicht die demokratischen Prozesse oder die Institutionen in unserem Land an. Sondern wir verurteilen und wir bekämpfen die Politik der Rechten. So funktioniert es auch gegenüber Brüssel. Wir müssen klar sagen, dass die europäische Rechte jede strukturelle Reform der EU verhindert. Und es ist auch die Rechte – mit Ausnahme von Kanzlerin Merkel -, die das Scheitern der europäischen Migrationspolitik zu verantworten hat und die zulässt, dass unser Kontinent seine Seele an den Stachelndrähten in Ungarn und in den Tiefen des Mittelmeers verliert. Und es sind auch unsere politischen Gegner, die die Austeritätspolitik gewollt und verteidigt haben, die den Kontinent in eine Wirtschaftskrise gestürzt hat. Darum wollen wir eine andere Politik für Europa. Nicht weniger Europa, sondern ein anderes Europa.

Ich habe es schon gesagt, das Resultat sollte uns auch in der Schweiz beunruhigen. Zuerst einmal, weil der gleiche Cocktail auch bei uns schon seit Jahren angemischt wird und das Urteilsvermögen von einem Teil der Wählerschaft trübt. Wir müssen darum unsere Anstrengungen verdoppeln und erklären, dass die Bilateralen nur mit Schutzmassnahmen für die Arbeitnehmenden erhalten werden können. Das Beispiel UK spricht Bände und sollte den Arbeitgebern zu denken geben. Die Linke kann ihre Wählerinnen und Wähler nur dann von einer offenen Europapolitik überzeugen, wenn sozialer Fortschritt und internationale Öffnung Hand in Hand gehen. Immer wenn die Wirtschaftsverbände mit ihrer Unnachgiebigkeit die Formel «sozialer Fortschritt plus internationale Öffnung» sabotiert haben, hat das Pro-Europa-Lager verloren: Am 9. Februar 2014 in der Schweiz oder gestern in Grossbritannien. Die gleiche Geringschätzung für die sozialen Fragen hat das gleiche Ergebnis gebracht. Ganz einfach.

Die aktuellen Turbulenzen zwingen die Schweiz dazu, ihre Beziehungen zur EU rasch zu klären – und das unter sehr schwierigen Voraussetzungen. Unsere DV in La Chaux-de-Fonds hat den Weg vorgegeben: Für die Rettung der Bilateralen, für einen verstärkten Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für eine vernünftige Lösung der institutionellen Fragen, für eine Vertiefung unserer Beziehungen zur EU. Aber gegen, und zwar ganz klar, gegen eine einseitige Schutzklausel, gegen die Wiedereinführung eines Saisonierstatuts, gegen jede Schwächung der flankierenden Massnahmen und gegen einen Alleingang. Wir sind die einzige Schweizer Partei, die diese Fragen so klar beantwortet. Und wir werden am Parteitag im Dezember die Frage nochmals aufnehmen, ob die Schweiz ein multilaterales Abkommen mit der EU und ihren Mitgliedstaaten braucht oder nicht. Es ist ganz klar, dass der Brexit unserem Vorschlag, den EWR zu stärken und auszubauen, neue Perspektiven eröffnet.

Gleichzeitig müssen wir heute festhalten: Kurzfristig ist die Aussicht, mit der EU eine Lösung in der Zuwanderungsfrage auszuhandeln, in weite Ferne gerückt. Wir müssen höchstwahrscheinlich eine interne Lösung finden, um den Verfassungsartikel 121a umzusetzen. Sehr

wahrscheinlich über den Umweg eines neuen Verfassungsartikels, als Gegenvorschlag zur RASA-Initiative. Und diese Auseinandersetzung wird hart werden, das ist schon jetzt klar.

Die Rechte führt einen finanziellen Engpass herbei, um staatliche Leistungen zu kürzen

Genossinnen und Genossen,

Um auch im Jahr 2016 unsere Ideen und Vorstellungen verwirklichen zu können, müssen wir stärker werden. Das neue Parlament ist seit einem halben Jahr im Amt und es ist Zeit für eine erste Bilanz. Und diese Bilanz ist nicht gut! Die Rechte wird dominiert von der SVP. Die neuen Spitzen von CVP und FDP können oder wollen der Anziehungskraft der Nationalkonservativen nicht widerstehen. Diese vereinigte Rechte verfolgt eine aggressive Politik der Steuergeschenke und sie erhöht die Ausgaben dort, wo sie ihre Klientel bedienen kann. Sie führt bewusst einen finanziellen Engpass herbei, um dann bei den staatlichen Leistungen zu kürzen.

Wir haben die feste Absicht, sie daran zu hindern. Das wird schwierig im Bundesrat, wo die Rechte jetzt eine absolute Mehrheit hat. Das wird noch schwieriger im Parlament und besonders im Nationalrat, wo die SVP je nach Geschäft die FDP oder die CVP einspannt, um ihre Politik durchzusetzen. Bleibt der Ständerat: Wir haben dort einen wichtigen Sieg gegen die fanatischen Liberalisierungs-Turbos errungen, indem wir die Liberalisierung und Zentralisierung der Ladenöffnungszeiten beerdigt haben. Darüber sind wir froh, denn so müssen wir diesen Sommer nicht zwei Referenden gleichzeitig anführen. Aber es ist vielleicht auch ein bisschen schade, denn ich bin mir sicher, dass die Bevölkerung uns Recht gegeben hätte. Die Bevölkerung, für die sich die SP in Zukunft noch mehr einsetzen muss. Denn wir haben nicht vor, dem Treiben der Rechten tatenlos zuzusehen. Wir werden nicht zulassen, dass die Bundesfinanzen, also der Staat, geschwächt werden, ohne dass darüber öffentlich debattiert wird. Wir machen nicht zum Spass Oppositionspolitik. Sondern weil es unsere Aufgabe ist, jenen eine Stimme zu geben, die sonst unter die Räder des rechten Machtkartells geraten würden.

Und das ist eine Mehrheit der Bevölkerung, da bin ich überzeugt. Jene die die massiven Steuergeschenke für Grossaktionäre und reiche Grundbesitzer nicht akzeptieren. Jene die nicht gleichzeitig die Entwicklungshilfe reduzieren und Waffen in Kriegsregionen verkaufen wollen. Jene die mehr in den Service public und in Bildung investieren wollen, als in Strassen, in die Armee oder in die Landwirtschaft.

Die letzten zwei Legislaturen war die SP extrem konstruktiv, und das mit überzeugenden Resultaten: Energiewende, Abschaffung des Bankgeheimnisses, Regulierung des Finanzplatzes, ein besseres Raumplanungsgesetz, eine faire Altersreform – zumindest in der Version des Ständerats –, ein Überwachungsgesetz für Krankenkassen, und so weiter und so fort. Wir konnten in diesem Jahr noch einige Früchte dieser konstruktiven Politik ernten, vor allem der klare Sieg über die Durchsetzungsinitiative, das deutliche Ja zur Asylreform oder die Ablehnung der Milchkuh-Initiative. Aber das sind noch die letzten Früchte der vergangenen Legislatur.

Nach sechs Monaten – und bis das Gegenteil bewiesen wurde – ist klar: Diese Zusammenarbeit wird nicht mehr gewünscht. Die rechte Mehrheit drückt ihre Macht durch, und zwar in fast allen Bereichen. Die Altersreform wurde in der Kommission des Nationalrats regelrecht mas-

sakriert, die USR III wurde mit Steuergeschenken masslos überladen, Grossgrundbesitzer erhalten völlig ungerechtfertigte Privilegien und die Armee und der Strassenbau erhalten deutlich mehr Geld. Nur die Europapolitik und ein Stück weit die Migrationspolitik fallen bisher aus dieser Logik einer rechten Allianz unter der Führung der SVP.

Lasst mich eines klarstellen: Wir erleben nicht die Rückkehr einer klassisch bürgerlichen Politik. Wir erleben die Übernahme der politischen Rechten durch die Nationalisten – und das mit dem Segen der grossen Wirtschaftsverbände, allen voran des von der SVP präsierten Gewerbeverbands. Aber auch Economiesuisse sucht offen die Zusammenarbeit mit der SVP um die Zuwanderungsfrage zu lösen. Nur vergessen sie dabei, dass es ja die SVP war, die uns erst in diese Sackgasse geführt hat. In dieser Ausgangslage muss sich die Rolle der SP ändern: Sie verpflichtet uns dazu, eine aktive, entschlossene und wirkungsvolle Oppositionspolitik zu betreiben.

Un festival de cadeaux fiscaux injustes sur le dos des salariés et des retraités

Le PS Suisse n'a pas le choix. Les nouvelles majorités et la pratique solitaire du pouvoir par la droite sur les questions sociales et économiques appellent une réponse forte. Dans l'immédiat, nous allons lancer le référendum contre la RIE III. De quoi parlons-nous ? En fait, de la suppression d'un privilège, d'une mise à égalité des entreprises internationales et de nos PME. Et le Conseil fédéral au départ entendait en faire une réforme neutre sur le plan budgétaire. Par exemple, en introduisant un impôt sur les gains en capitaux ou en relevant l'imposition des dividendes. Le PS soutient la suppression des statuts spéciaux, mais pas au prix de sacrifices sociaux inconsiderés.

Nous sommes favorables à ce que les cantons concernés soient soutenus financièrement : établissons un minima de 80 ou 90% pour l'imposition des dividendes, permettons aux cantons et aux communes de compenser les pertes qu'engendre le changement de régime par une fiscalisation plus juste du revenu des actions. Et réduisons d'autant la contribution de la Confédération. De cette manière, cantons et communes pourront à l'avenir également faire face à leurs obligations, et nous éviterons le pillage organisé de la caisse fédérale que constitue cette réforme.

Au fil du temps et des débats, au gré de l'intervention d'un lobby, puis d'un autre, nous avons un festival de déductions fiscales, taillées pour favoriser les grandes entreprises du pays. Et des coûts astronomiques : au moins 1,3 milliard de francs de pertes pour la Confédération, plusieurs milliards pour les cantons ; et parions que ce n'est là que la pointe de l'iceberg. Lorsque la Belgique a introduit une déduction pour les intérêts notionnels en 2005, sur un modèle assez proche de ce que nous propose la Confédération, elle s'attendait à des pertes de 200 à 300 millions de francs. Au final, entre 2006 et 2010, elle a perdu en moyenne 5 milliards par année, plus de dix fois les estimations initiales. Ce n'est pas sans rappeler la réforme II de l'imposition des entreprises, du même tonneau que le projet actuel, qui a coûté presque 10 milliards aux contribuables, alors que le Département des finances avait annoncé un chiffre de 60 millions. Le Tribunal fédéral avait alors constaté que la population avait été induite en erreur par Hans-Rudolf Merz. Nous sommes aujourd'hui dans le même scénario.

Ce pourrait être un débat classique sur l'égalité de traitement devant l'impôt. Si une entreprise fait valoir toutes ses déductions, « *patent box* », « intérêts notionnels », « superdéduction pour

la recherche et le développement », « *step up* » et j'en passe, elle ne paiera que 3% d'impôt sur son bénéfice. Ce taux est à mettre en relation avec les 15 ou 30% d'impôts que paient les personnes physiques. Et un actionnaire ne pourra déclarer, selon les cantons, que le 60% du revenu de ses actions. A comparer, là encore, avec un salarié ordinaire qui sera contraint de payer des impôts sur le dernier franc de son revenu. Ce n'est pas juste, et ce devrait déjà être une raison suffisante pour rejeter ce bricolage.

Mais la réalité est pire encore. Le contexte veut que chaque franc offert aux entreprises et aux actionnaires le soit sur le dos des salariés, des retraités et des petits indépendants de notre pays. Nos adversaires, momentanément majoritaires, baissent les impôts des multinationales et coupent dans les dépenses sociales. Ils se cachent derrière un chantage à l'emploi, vieux comme le siècle. Or, défendre l'emploi en Suisse, ce n'est pas acheter les employeurs à coup de millions de rabais fiscaux. C'est investir dans la formation de notre jeunesse ; c'est permettre aux salariés de vivre correctement de leurs revenus ; c'est augmenter les salaires pour consolider la consommation intérieure ; c'est investir dans nos infrastructures publiques ; c'est augmenter les rentes AVS, pour permettre à nos aînés d'affronter paisiblement leurs dernières années.

Die AHV-Renten erhöhen: eine soziale Notwendigkeit und eine intelligente Investition

Wer rechnet – stärkt die AHV! Liebe Genossinnen, liebe Genossen. Warum eine Erhöhung der AHV-Rente nötig und dringend ist, möchte ich euch an einem einfachen Beispiel aufzeigen. 1975, also vor 40 Jahren, musste ein Pensionierter 40% seiner AHV für Miete und Krankenversicherung aufwenden. Heute gehen 68% der Rente für Miete und Krankenkassenprämien weg. Wie könnte man den Kaufkraftverlust der älteren Generation besser aufzeigen, als mit diesem Beispiel? Wie kann man uns in dieser Situation vorwerfen, eine Erhöhung der AHV-Rente um 10% sei übertrieben? Das ist eine bescheidene Forderung, Genossinnen und Genossen! Und es sind genau die Gleichen, welche diese Forderung als unfinanzierbar abstem-peln, die Milliarden-Geschenke an Grosskonzerne beschliessen und dem Militär oder landwirt-schaftlichen Grossgrundbesitzern die Nase vergolden. In nur gerade sechs Monaten hat die rechte Mehrheit ein unglaubliches Finanzloch von 8 bis 10 Milliarden geschaffen gemäss Be-rechnungen des Finanzministers Ueli Maurer. Um es in anderen Worten auszudrücken: Sie haben den Wert der AHVplus-Initiative zwei Mal aus dem Fenster geworfen.

Die moderate Erhöhung der AHV-Renten ist eine soziale Notwendigkeit. Sie ist nämlich auch unabdingbar, um den Zerfall der Renten aus der zweiten Säule aufzufangen. Zum ersten Mal sehen wir uns mit realen Umwandlungssätzen unter 5% konfrontiert. Und die Pensionskassen-Beiträge sind in den vergangenen Jahren buchstäblich explodiert und sind effektiv viel höher als die 0,4 Lohnprozente, die für die Finanzierung der AHVplus-Initiative nötig wären.

Nötig und intelligent – die Erhöhung der AHV-Renten ist auch die richtige Antwort angesichts der Rechten, die das Rentenalter auf 67 erhöhen will und verbissen die Altersreform 2020 unseres Bundesrats Alain Berset sabotiert. Die Abstimmung im September ist natürlich die Gelegenheit, die AHV – die solideste unserer Sozialversicherungen – zu verteidigen, den Kitt unserer Gesellschaft. Es ist aber gleichzeitig die Gelegenheit, die Dinge wieder zurechtzurü-cken angesichts einer arroganten Rechten, die den Bezug zur Bevölkerung, insbesondere zu den einfachen Leuten, völlig verloren hat. Es muss niemand versuchen, mir zu erklären, dass der SVP-Wähler davon träumt bis 67 zu arbeiten. Oder dass der freisinnige Kleinunternehmer

astronomische Beiträge in ein Fass ohne Boden - dazu werden die Pensionskassen nämlich mehr und mehr - werfen will statt auf eine starke AHV zählen zu können.

Unsere Mobilisierungskraft für den Widerstand nutzen - Ein glaubwürdiges Alternativprogramm aufbauen - 2019 gewinnen.

Genossinnen, Genossen,

Diese Legislatur wird nicht einfach. Wir werden die Entscheide der Rechten bekämpfen müssen – wann immer nötig auch an der Urne. Um zu gewinnen, aber auch um ihren ultraliberalen Wahn zu stoppen Um zu verhindern, dass die Legislatur 2016 bis 2019 als diejenige des sozialen Abbruchs in die Geschichte eingeht. Das ist eine wichtige, eine für die politische Zukunft unseres Landes entscheidende Arbeit, die uns bevorsteht.

Die SP ist bereit für diesen Kampf. Wir haben unsere Mobilisierungskraft in den vergangenen Jahren stark erhöht. Wir waren auf der Strasse präsent, um Unterschriften für zahlreiche linke Initiativen zu sammeln. Mit der erstmalig lancierten Basiskampagne für die Wahlen 2015, dank der wir mit tausenden Freiwilligen 100'000 Wählerinnen und Wähler am Telefon erreichen konnten, können wir jetzt Früchte ernten. Zum Beispiel, dass wir seit 20 Jahren zum ersten Mal wieder steigende Mitgliederzahlen verzeichnen können. Oder dass wir in zahlreichen Gemeinden und Städten – zuletzt sensationell in Luzern oder bei euch in der Stadt Chur - mehr Wählerinnen und Wähler gewinnen können. Für euren zweiten Wahlgang bin ich zuversichtlich. Das tolle Wahlergebnis gibt Rückenwind und den richtigen Kandidaten habt ihr mit Patrik Degiacomi auch.

Die Wahlen 2019 werden sich um die Bilanz der rechten Mehrheit in dieser Legislatur drehen. Einer rechten Mehrheit, die zusammengefunden hat, um alleine die wichtigen und grossen Entscheide der Legislatur zu treffen. Einer rechten Mehrheit, die es nicht als nötig erachtet, verschiedene politische Kräfte einzubeziehen, wie es unsere politische Tradition eigentlich verlangt. Die rechte Mehrheit wird deshalb alleine hin stehen und die Konsequenzen ihrer Politik verteidigen müssen. Wir hingegen werden daran gemessen, ob es uns gelingt, ihnen Zugeständnisse abzurufen, die Bevölkerung zu mobilisieren, um die Zerstörung der öffentlichen Haushalte und Dienstleistungen zu stoppen und eine politische Alternative anzubieten.

Eine glaubwürdige Alternative anbieten - genau das haben wir in der Europapolitik gemacht. Wir haben es bei den Renten gemacht. Wir haben es in der Asylpolitik gemacht. Wir werden es im Wirtschaftsbereich machen, indem wir an unserem Parteitag im Dezember konkrete Vorschläge für eine Demokratisierung unserer Unternehmen diskutieren. Wir werden es für die Arbeitsplätze machen, indem wir unsere Kampagne für eine echte Industriepolitik weiterführen. Wir tun es im institutionellen Bereich mit der Transparenz-Initiative. Wir machen es für die Mieterinnen und Mieter mit der Initiative für mehr bezahlbaren Wohnraum.

Genossinnen und Genossen,

Die SP ist bereit. Wir werden ohne Wenn und Aber das Programm der Rechten bekämpfen, die einmal liberal, ein andermal konservativ, aber immer klientelistisch ist. Wir werden eine andere Politik anbieten, eine gerechtere, solidarischere Politik für alle. Eine Politik, die auf Zuversicht und Mut statt Angst und Wut aufbaut. Wir werden eine Gesellschaft verteidigen, in der

jede und jeder seinen Platz hat, in der niemand fallen gelassen wird; und wir werden die Wahlen 2019 gewinnen. Ich bin überzeugt, dass wir die Abbruch-Politik der Rechten zu Fall bringen können. Ich weiss, dass wir alle gemeinsam die Kraft und die Fähigkeit haben, eine glaubwürdige Alternative aufzubauen. Ich bin stolz und dankbar für die Arbeit meiner Kolleginnen und Kollegen im Präsidium, in der Geschäftsleitung, in den Kantonalparteien und allen Sektionen. Aus allen diesen Gründen habe ich, zusammen mit den Mitgliedern des Präsidiums, entschieden für eine weitere Amtszeit als Parteipräsident zu kandidieren. Mut, Entschlossenheit und einen kühlen Kopf - das ist die Botschaft unseres Genossen Demirtas. Also, stehen wir zusammen! Und starten wir ohne Zuzwarten den ersten Kampf dieser Legislatur.